

Gewerkschafter im Siebten Deutschen Bundestag

Dr. Kurt Hirche war bis zum 31. 3.1971 Leiter der Parlamentarischen Verbindungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bonn und hat regelmäßig über die Zusammensetzung des Bundestages in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ berichtet.

Die Voraussetzungen dafür, daß die neue Regierung der sozialliberalen Koalition Reformwünsche der Arbeitnehmer in Angriff nimmt, haben sich aus der Sicht der Gewerkschaften zweifellos verbessert. Nicht nur, daß die Regierung über eine solide Mehrheit von 48 Abgeordneten verfügt, gehören dem 7. Deutschen Bundestag auch mehr gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete an als je zuvor.

Ich habe in den Analysen, die ich seit 1957 jeweils nach den Bundestagswahlen an dieser Stelle vornahm, jeweils darauf hinweisen müssen, daß nicht immer einwandfrei zu ermitteln ist, wieviel Abgeordnete sich tatsächlich gewerkschaftlich organisiert haben. Von der SPD-Fraktion abgesehen, die in einem partei-internen Fragebogen auch nach der Gewerkschaftszugehörigkeit ihrer Mitglieder fragt, sind keine völlig zweifelsfreien Unterlagen vorhanden. Die Parlamentarische Verbindungsstelle des DGB hat daher jeweils eigene Ermittlungen angestellt, um diese Fragen zu klären. Nach diesen Unterlagen und eigenen Feststellungen ergibt sich das folgende Bild:

Tabelle 1: Gewerkschaftlich organisierte Bundestagsabgeordnete seit 1949

Bundestag	I 1949	II 1953	III 1957	IV 1961	V 1965	VI 1969	VII 1972
Zahl der Abgeordneten							
einschl. Berlin	420	506	519	521	518	518	518
gewerkschaftlich organisiert	115	194	202	223	242	265	279
davon SPD	80	142	154	179	188	215	227
CDU/CSU	22	47	46	41	51	47	44
übrige Parteien, ab 1961 nur FDP	13	5	2	3	3	3	6
davon in DGB-Gewerkschaften	106	168	172	185	197	227	250
in anderen Gewerkschaften	9	26	30	38	45	38	29

Von den 518 Abgeordneten des 7. Deutschen Bundestags (einschließlich Berlin) sind demnach 279, also rund 53,4 vH, gewerkschaftlich organisiert gegen-

über 265 im 6. Bundestag (51 vH) und 202 (39 vH) im 3. Bundestag. Für den 1. und 2. Bundestag müssen die in der Tabelle vermerkten Zahlen etwas höher angenommen werden, da die Unterlagen über die Gewerkschaftszugehörigkeit der damaligen Abgeordneten manche Lücken aufweisen. Dennoch ist der Trend eindeutig: die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten hat sich von Bundestag zu Bundestag absolut und relativ ständig erhöht. Dabei ist zu bemerken, daß in dieser Tabelle nicht die 22 Abgeordneten (im 6. Bundestag 23) erscheinen, die vom Deutschen Beamtenbund als seine Mitglieder bezeichnet werden, da der Beamtenbund keine Gewerkschaft im Sinne des Tarifvertragsgesetzes ist.

Die Tabelle enthält demgemäß nur die Abgeordneten, die den DGB-Gewerkschaften, der DAG, dem Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) und seinen Mitgliedsverbänden sowie dem Deutschen Journalisten-Verband (DJV) angehören. Von diesen Abgeordneten zählen einschließlich der Berliner Abgeordneten 227 zur SPD, 45 zur CDU/CSU und 7 zur FDP. Damit sind von den Mitgliedern der SPD-Fraktion rund 94 vH (im 6. Bundestag 91 vH) gewerkschaftlich organisiert, von denen der CDU/CSU rund 19 vH, womit dieser Anteil dem der vorangegangenen Legislaturperiode entspricht. Besonders bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der FDP-Gewerkschafter mehr als verdoppelt hat. Dies dürfte ein Ergebnis der Neuorientierung dieser Partei sein.

Obwohl sich die Zahl der Gewerkschafter im Bundesparlament nochmals erhöht hat, ist diese Zunahme gegenüber den früheren Perioden doch wesentlich geringer. Es scheint eine gewisse Sättigung eingetreten zu sein. Eine weitere Verstärkung der „Gewerkschaftsfraktion“ im Bundestag dürfte in Zukunft nur dann anzunehmen sein, wenn sich die CDU/CSU entschließt, eine wirkliche „Volkspartei“ zu werden und mehr organisierte Arbeitnehmer als Kandidaten aufstellt. Auch bei der FDP könnte bei Fortsetzung ihrer jetzigen Linie noch eine weitere Zunahme des gewerkschaftlichen Elements eintreten.

250 DGB-Gewerkschafter im Parlament

Von den 279 gewerkschaftlich Organisierten des 7. Bundestages gehören 250 einer der 16 Gewerkschaften des DGB an gegenüber 227 im vergangenen Bundestag. Von den restlichen 29 Gewerkschaftern sind 13 in den Verbänden der CGB organisiert, 9 bei der DAG, 6 im DJV und einer in der Gewerkschaft der Polizei. Die Zahl der DJV-Mitglieder ist an sich doppelt so hoch, jedoch handelt es sich bei den anderen um solche Abgeordnete, die gleichzeitig einer DGB-Gewerkschaft (meist der Industriegewerkschaft Druck und Papier) angehören und nicht doppelt gezählt werden dürfen. Wie in diesem Falle so gibt es auch noch einige weitere Doppelmitgliedschaften, wobei wir die Zuordnung dort vornahmen, wo das Schwergewicht der Tätigkeit des Abgeordneten liegt.

Ich muß bekennen, daß ich mich in all den Jahren in denen ich über die gewerkschaftliche Zusammensetzung des Bundestages berichtete, stets einem Dilemma gegenüber sah. Auf der einen Seite ist es für einen Gewerkschafter natürlich erfreulich, wenn er auf die ständige Zunahme des parlamentarischen Gewerkschaftsflügels hinweisen kann. Andererseits muß seine Analyse aber zu vermeiden trachten, daß aus den mitgeteilten Zahlen falsche Schlußfolgerungen über die „Macht“ dieses Gewerkschaftsblocks gezogen werden. Solche abwegigen Schlußfolgerungen sind in der Vergangenheit verständlicherweise von Gegnern der Gewerkschaften gezogen und es ist von einer gewerkschaftlichen Überfremdung des Parlaments gesprochen worden. So hat erst kurz vor der Bundestagswahl die CDU-Zeitschrift *Dialog* unter der Überschrift „Unser aller Gewerkschaftsparlament“ nochmals darauf verwiesen, daß mehr als die Hälfte der Abgeordneten gewerkschaftlich organisiert sei, während von den wahlberechtigten Bürgern „nur jeder fünfte einer Gewerkschaft angehört“. In anderen Fällen ist unverblümt vom „Gewerkschaftsstaat“ gesprochen worden. In der Tat: wer nur die *Zahl* der organisierten Abgeordneten sieht kann dazu verführt werden, von einem Machtblock zu sprechen, der die Gesetzgebung des Parlaments ganz nach seinem Belieben gestalten könnte. Selbst wenn nur an die in DGB-Gewerkschaften Organisierten gedacht wird, die allein schon 47 vH aller Abgeordnetensitze einnehmen, könnte dieser Gedanke um so mehr an Boden gewinnen wenn noch hinzugedacht wird — wie geschehen —, daß die meisten Minister der sozialliberalen Koalition ebenfalls in DGB-Gewerkschaften organisiert sind. Es muß daher nachdrücklich davor gewarnt werden, sich solchen Überlegungen hinzugeben.

Tatsächlich ist der „gewerkschaftliche Machtblock“ weder ein einheitliches Gebilde, noch kann der Bundestag als ein „Gewerkschaftsparlament“ angesehen werden. Die Abgeordneten sind in erster Linie Mitglieder und Funktionäre ihrer Partei und dieser in aller Regel viel stärker verbunden als ihrer Gewerkschaft, der sie häufig nur noch auf Grund ihrer früheren, oft lange zurückliegenden Tätigkeit angehören. Viele von ihnen sind gewerkschaftlich gesehen nur „Papiermitglieder“ und nur verhältnismäßig wenige üben neben ihrem Mandat noch eine gewerkschaftliche Tätigkeit aus. Die Gewerkschaften haben es im übrigen wiederholt erleben müssen, daß „ihre“ Abgeordneten im Parlament anders stimmten (Notstandsgesetzgebung, Ostverträge usw.), als es gewerkschaftlichen Wünschen oder Beschlüssen entsprach. Hier wurde die Partei über die Gewerkschaft gestellt und daran wird sich auch in Zukunft kaum etwas ändern.

Veränderter CDU-Arbeitnehmerflügel

Die von gegnerischer Seite gern kolportierte These vom gewerkschaftlichen „Machtblock“ ist aber auch deshalb abwegig, weil die Organisierten fünf verschiedenen Gewerkschaften und vier Parteien angehören und schon deshalb schwerlich alle unter einen „Gewerkschaftshut“ zu bringen sind. Von den 277

Gewerkschaftern sind zwar rund 90 vH (227) in der SPD-Fraktion, beheimatet. Dennoch dürfen die 50 restlichen (44 zur CDU/CSU, 6 zur FDP gehörig) keineswegs als unerheblich angesehen werden.

Von den 44 gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion tragen 23 das Mitgliedsbuch einer DGB-Gewerkschaft in der Tasche, 13 das einer Gewerkschaft des CGB, 5 der DAG und 3 des DJV. In diesen Zahlen spiegelt sich eine wesentliche Veränderung des Arbeitnehmerflügels der CDU/CSU wider. Zunächst einmal hat sich die im Verhältnis zur gesamten Unions-Fraktionsgemeinschaft ohnehin stets zu geringe Zahl von Gewerkschaftern gegenüber dem 5. Bundestag weiter vermindert — was nicht für das ernsthafte Bemühen der Union spricht, sich der Arbeitnehmerinteressen stärker als bisher anzunehmen. Weitaus wesentlicher ist aber gewerkschaftspolitisch, daß sich der Abbröckelungsprozeß innerhalb der christlichen Splittergewerkschaften weiter fortgesetzt und in einer weiteren Verminderung der Zahl „ihrer“ Abgeordneten niedergeschlagen hat. Während im 4. Bundestag nur 16 DGB-Gewerkschafter der Unionsfraktionsgemeinschaft angehörten, gegenüber 31 im CGB Organisierten, erfolgte seitdem ein „Abbau“ der Spaltergewerkschafter. Im 6. Bundestag waren die Gruppen der DGB- und CGB-Gewerkschafter mit je 19 gleich stark. Nunmehr stehen im neuen Bundestag den 23 DGB-Abgeordneten der Unionsfraktionen nur noch 13 CGB-Mitglieder gegenüber, von denen 7 der CSU zugehören. Gemessen an der geringen Mitgliederzahl der CGB-Organisationen ist damit der Spalterbund im Bundestag immer noch überrepräsentiert. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß es weiterhin einige Kräfte in der Union, insbesondere in der CSU gibt, die nicht allzuviel von der Einheitsgewerkschaft halten. Es muß hinzugefügt werden, daß sich der Arbeitnehmereinfluß auf die CDU/CSU-Fraktion nicht allein an der Zahl der gewerkschaftlich Organisierten ablesen läßt. Die Gewerkschafter sind zwar der größte und wirksamste Teil, aber doch eben nur ein Teil des sogenannten Arbeitnehmerflügels der CDU/CSU-Fraktion. Zu ihm werden noch die Unionsabgeordneten gezählt, die sich ohne Gewerkschaftsmitglied zu sein, mit den Zielen der Gruppe solidarisch erklären. In den letzten Bundestagen umfaßte dieser Flügel etwa 55 bis 60 Abgeordnete. Soweit sich bisher übersehen läßt, ist die Gruppe im neuen Bundestag zahlenmäßig nicht gewachsen.

Ob und welches Gewicht der Arbeitnehmerflügel künftig zu entwickeln vermag, ist nicht leicht zu beantworten. In der Vergangenheit ist die Publizität, die ihm gewidmet wurde, teilweise größer gewesen als sein Einfluß in der eigenen Fraktion. Inwieweit sich das nun ändert, muß abgewartet werden. Die objektiven Voraussetzungen, in der Union künftig eine reformfreudigere Politik durchzusetzen, haben sich für diese Gruppe sicherlich verbessert, da die CDU mit Blindheit geschlagen wäre, wenn sie aus ihrer Wahlniederlage nicht auch in dieser Hinsicht Lehren annähme. Auch die subjektiven Voraussetzungen dürften gegeben sein, da zu den alten bewährten Parlamentariern und Gewerk-

schaftern wie *Katzer, Adolf Müller, Mick, Orgass* und *Russe* aktive junge Kräfte hinzugestoßen sind, unter ihnen und bereits mit Vorschußlorbeeren bedacht *Norbert Blüm*. Man sollte sich allerdings hüten, jetzt schon — wie das eine Wochenzeitung getan hat — von „neuen überparteilichen Koalitionsmöglichkeiten des Arbeitnehmerflügels“ zu sprechen — „denn die Verhältnisse, die sind nicht so“.

Starkes Gewicht der Beamten-Abgeordneten

Auch die 250 in DGB-Gewerkschaften organisierten Abgeordneten sind keine homogene Masse, die — wie sich das manche Außenstehende einbilden mögen — nach Wunsch und Wille des DGB „eingesetzt“ werden könnte. Sie verteilen sich, wie die folgende Tabelle zeigt, in sehr unterschiedlicher Weise auf die einzelnen Gewerkschaften.

Tabelle 2: Gewerkschaftlich organisierte Abgeordnete im 7. Deutschen Bundestag

DGB-Gewerkschaften	SPD	CDU/CSU	FDP	Zusammen
IG Bau, Steine, Erden	6	2	—	8
IG Bergbau und Energie	12	1	1	14
IG Chemie, Papier, Keramik	3	—	—	3
IG Druck und Papier	11	1	—	12
Gew. d. Eisenbahner	10	1	—	11
Gew. Erziehung u. Wissenschaft	37	—	1	38
Gew. Gartenbau, Land- u. Forstwirtschaft	4	1	—	5
Gew. Handel, Banken und Versicherungen	8	3	—	11
Gew. Holz und Kunststoff	1	—	—	1
IG Metall	28	7	—	35
Gew. Nahrung, Genuß, Gaststätten	2	—	—	2
ÖTV	97	7	2	106
Dt. Postgewerkschaft	2	—	—	2
Gewerkschaft Kunst	—	1	—	1
IG Textil, Bekleidung	1	—	—	1
Insgesamt:	222	24	4	250
Andere Gewerkschaften:				
DAG	3	5	1	9
CGB	—	13	—	13
DJV	1	3	2	6
Gew. d. Polizei	1	—	—	1
	227	45	7	279

Seit jeher stehen die Abgeordnetenmitglieder der ÖTV weitaus an der Spitze. Ihre Zahl hat sich von 77 im 5. Bundestag auf nun 106 erhöht. Während bisher an zweiter Stelle die Metalller folgten, die in der 6. Legislaturperiode 32 und jetzt 35 Abgeordnetenmitglieder haben, müssen sie sich nun mit dem dritten Platz begnügen, während die GEW-Fraktion ihren Platz eingenommen hat. Die Zahl ihrer Abgeordneten ist von 14 im 5. Bundestag über 28 im 6. nun auf 38 angestiegen. Mehr als zehn Bundestagsmitglieder haben dann nur noch

die Gewerkschaften Bergbau und Energie (14), HBV (11), Druck und Papier einschließlich Deutscher Journalisten-Union (12) und GdED (11). Von den übrigen Gewerkschaften sei noch die IG Bau, Steine, Erden (8) erwähnt. Nicht durch einen „eigenen“ Abgeordneten vertreten ist die Gewerkschaft Leder.

Rechnet man die Abgeordneten-Gewerkschafter der ÖTV, der GEW, GdED und Post zusammen, so stellen diese vier Gewerkschaften zusammen 157 der 250 DGB-Gewerkschafter, also fast 63 vH. Mit den 22 Mitgliedern des Beamtenbundes und einigen nichtorganisierten Beamtenvertretern entfallen auf den öffentlichen Dienst rund ein Drittel aller Abgeordneten des 7. Deutschen Bundestages. Diese schon in den früheren Legislaturperioden sichtbar gewordene Entwicklung trifft zunehmend auf Kritik. Hierbei mag weniger ins Gewicht fallen, daß diese Abgeordneten nicht aus dem Staatsdienst entlassen, sondern nur beurlaubt werden und außer ihren Bundestagsdiäten das Beamtenruhegehalt beziehen — ein Umstand, den sie mit einer Reihe anderer Abgeordneter aus der Privatwirtschaft und den Verbänden teilen — als vielmehr die für eine lebendige Demokratie bedenkliche Verflechtung von Exekutive und Legislative. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich die hohe Zahl der Gewerkschaftsabgeordneten des öffentlichen Dienstes auch gewerkschaftspolitisch für bedenklich halte. Bundestag, Parteien und Gewerkschaften sollten die Probleme, die hier entstanden sind, mit dem Ziel, einer Änderung gründlich überprüfen.

Aber weniger Frauen

"Während der öffentliche Dienst auch gewerkschaftlich im Bundestag überrepräsentiert erscheint, ist bei den weiblichen Abgeordneten das Gegenteil der Fall. Hatte der 4. Bundestag noch 45 Frauen unter seinen Mitgliedern, so hat sich dieser ohnehin zu geringe Frauenanteil seitdem von Legislaturperiode zu Legislaturperiode ständig vermindert, so daß sich jetzt nur noch 30 Frauen unter den 518 Bundestagsabgeordneten befinden. Das ist schlicht beschämend! Aber die Gewerkschaften haben leider wenig Berechtigung, deshalb Kritik an den Parteien zu üben. Auch bei ihnen ist zwischen ihrem Bekenntnis zur Gleichberechtigung und ihrer Organisations-Praxis ein Mißverhältnis festzustellen. Dabei übertreffen die wenigen Bundestagsfrauen ihre männlichen Kollegen noch in ihrem Organisationsverhältnis. Von den 488 männlichen Mitgliedern des 7. Bundestages gehören 255, also 50 vH einer Gewerkschaft an, während von den 30 Frauen 17 gewerkschaftlich organisiert sind, also 57 vH. Die SPD-Fraktion hat 13 dieser weiblichen Gewerkschafterinnen in ihren Reihen, die CDU/CSU 3 und die FDP eine.

Die wenigen Frauen haben im Parlament nach dem Urteil vieler Abgeordneter aller Fraktionen ihren „Mann“ gestanden, fleißig gearbeitet und Spitzenpositionen eingenommen. Zu den Gewerkschaftern unter ihnen, die erneut in den Bundestag gelangt sind, gehören so bekannte Kolleginnen wie *Elfriede Eilers*, *Helga Timm*, *Maria Schlei*, *Hedwig Meermann*, *Annemarie Renger* und

Katharina Focke. Aus ihren Reihen ausgeschieden — zumeist aus Altersgründen — sind so bewährte Frauen wie *Käthe Strobel*, *Marta Schanzenbach* und *Brigitte Freyh*.

22 hauptamtliche Gewerkschafter

Die stattliche Zahl der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Reihe der aktiven unter ihnen verhältnismäßig klein ist. Zwar stehen die meisten, wenn sie von ihrer Gewerkschaft aufgefordert werden, für Vorträge oder Informationen zur Verfügung, regelmäßige ehrenamtliche Funktionen üben aber nur wenige aus. Auch die Gruppe der hauptamtlich für eine Gewerkschaft oder den DGB tätigen Abgeordneten umfaßt entgegen manchen in der Öffentlichkeit geäußerten Vorstellungen seit jeher nur einen bescheidenen Teil der Abgeordneten-Gewerkschafter. Ihr gehören im neuen Bundestag 22 „Hauptamtliche“ an gegenüber 25 im 6. und 28 im 5. Bundestag. Von ihnen entfallen 19 auf die SPD-Fraktion und 3 auf die CDU/CSU-Fraktion.

Nicht nur die Gesamtzahl der hauptamtlichen Gewerkschafter hat abgenommen, auch die parlamentarische Repräsentanz der gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre hat sich vermindert. In früheren Legislaturperioden haben zeitweilig bis zu vier Gewerkschaftsvorsitzende (*Gefeiler*, *Leber*, *Seibert*, *Stenger*) und zwei Mitglieder des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes (*Richter*, *Hansen*) im Bundestag gewirkt, dazu noch einige, die den Vorständen ihrer Gewerkschaft angehörten (*Gescheidle*, *Michels*, *Weimer*), während es sich bei den übrigen meist um Bezirksleiter oder Bezirkssekretäre oder um Kreissekretäre oder Sachbearbeiter handelt. Nachdem schon früher einige Hauptamtliche, wie der Vorsitzende der IG-Bergbau *Walter Arendt* und der Vorsitzende der IG-Bau *Georg Leber* in das Lager der Regierung hinübergewechselt waren, sind jetzt nur noch vier gewerkschaftliche Spitzenfunktionäre im Bundestag tätig. Als „Dienstältester“ ist hier zunächst der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner *Philipp Seibert* zu nennen. Zweiter und neu im Bundestag ist der Vorsitzende der Gewerkschaft Bergbau und Energie *Adolf Schmidt*. Dem Vorstand der IG Chemie, Papier, Keramik gehört der Bundestagsneuling *Hermann Rappe* an, während als vierter der langjährige Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen *Adolf Müller* zu nennen ist.

Im 6. Bundestag war mit dem Abgeordneten *Georg Neemann* noch ein Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB im Bundestag. Da Neemann nicht mehr kandidierte, ist die DGB-Spitze in der 7. Legislaturperiode nicht mehr unmittelbar im Parlament vertreten, wenn auch anzunehmen ist, daß der Geschäftsführer des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, *Friedhelm Fahrtmann*, der schon im 6. Bundestag nachrückte,

die Verbindung zum DGB-Bundesvorstand pflegen wird. Die wiederholten Überlegungen in Arbeitskreisen des DGB, zwei Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes (je einen SPD- und einen CDU-Mann) in den Bundestag zu entsenden, sind angesichts der Schwierigkeiten und Probleme, die sich dabei auftun, nicht zum Zuge gekommen.

Im ganzen zeigt diese Entwicklung, daß es für hauptamtliche Gewerkschafter offenbar immer schwerer wird, eine Doppelfunktion auszuüben, sofern der Wille besteht, die Gewerkschaftsfunktion und die Abgeordnetenfunktion voll auszufüllen. Die große Zahl von Abgeordneten des öffentlichen Dienstes läßt vermuten, daß ihren Angehörigen die Doppelfunktion weniger Konflikte bereitet.

Die Chancen wahrnehmen

Wie nach jeder Bundestagswahl hat sich auch diesmal die Zusammensetzung des Parlaments geändert. Mit 142 erstmals gewählten Abgeordneten (darunter 72 Gewerkschafter) hat der 7. Bundestag über ein Viertel „Neulinge“. Sein Akademikeranteil ist weiter gestiegen. Rund 60 vH aller Abgeordneten haben ein Studium hinter sich. Wenn dies allein ein Ausweis für höchste Leistungen wäre, brauchte uns um die Qualität der parlamentarischen Arbeit nicht bange zu sein. Der schon im 5. und 6. Bundestag festzustellende Trend zur „Verjüngung“ hat sich fortgesetzt. Mehr als ein Viertel der Abgeordneten ist jünger als 40 Jahre. Auch hier gilt: Wäre Jugend allein eine Garantie für fortschrittliches Handeln, so könnten wir der Reformarbeit des neuen Parlaments mit besonderen Erwartungen entgegensehen. Der parlamentarische Alltag ist aber nüchterner und in ihm gelten noch andere Kategorien als Jugend oder Akademikertum. Eine Reihe von Abgeordneten, die schon im 6. Bundestag vertreten war, in ihm als „Junge“ begrüßt und mit Vorschußlorbeeren bedacht wurde, ist ungeachtet ihres Eifers bisher eine „Hinterbänkler“-Gruppe geblieben. Ob sie jetzt in ihren Fraktionen den Durchbruch schaffen und ob die neuen Jungen sich durchsetzen, ist schwer vorauszusagen.

Eines allerdings kann gesagt werden: noch nie zuvor in der 23jährigen Geschichte des Bundestags waren nach seiner Zusammensetzung und nach dem erklärten Willen der sozialliberalen Regierung die Chancen für fortschrittliche Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft so groß wie heute. Es kann unterstellt werden, daß die gewerkschaftlichen Abgeordneten aller Fraktionen versuchen werden, diese Chancen wahrzunehmen. Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrer „Basis“, die sich so aktiv dem Wahlkampf beteiligt hat, wird es sein, „ihre“ Abgeordneten in diesem Bestreben zu unterstützen. „Reformen“ und „Fortschritt“ sind nichts, was den Abgeordneten allein überlassen bleiben kann, sondern mehr noch als zuvor von der gesamten Gewerkschaftsbewegung getragen werden muß.